



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

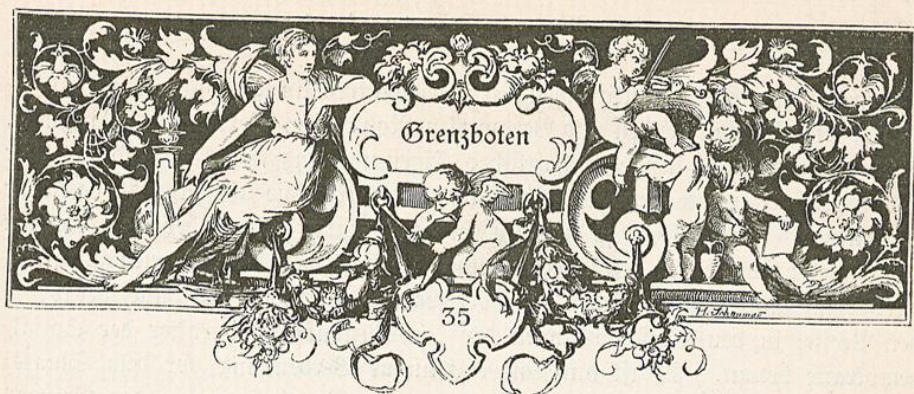
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mußte es so kommen?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Mußte es so kommen?



regorovius hat durch seine Blut in Blut gemalten Schilderungen anschaulich bewiesen, wie schauerlich die Wirklichkeit wäre, in die sich das phantastische Bild des sozialistischen Zukunftsstaats umsetzen müßte. Zwar ob er auf eine nennenswerte Zahl von Sozialdemokraten damit Eindruck gemacht hat, steht dahin. Sie sind gegen Gründe der Logik und gegen psychologische Schlußfolgerungen vorläufig noch dadurch gewappnet, daß ihnen ihr Programm einfach Glaubenssache ist. Dem „Himmel auf Erden“ und Eugen Richters Zukunftsbildern gebührt aber das Verdienst, die bürgerliche Gesellschaft in der Form des Romans, der einzigen, in der noch an sie hinanzukommen ist, von den Ideen unterrichtet zu haben, die in den Köpfen von Hunderttausenden ihrer Landsleute spuken. Mancher Leser wird sich freilich der Unausführbarkeit dieser Ideen getrösten und damit diese selbst für abgethan halten. Andre mögen das Gruseln gelernt und sich einem hoffnungslosen Pessimismus ergeben haben. Aus pessimistischen Kreisen stammt die Frage: „Wie kam es doch?“ Stellen wir die Gegenfrage: „Mußte es denn so kommen?“

Kein Zweifel, jeder denkende Sozialdemokrat sagt sich: die Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ist nur durch Gewalt zu erreichen. Phrasen wie: der heutige Staat werde unmerklich in die sozialistische Gesellschaft hineinwachsen, eines Abends werde man sich noch als Bourgeois zu Bett legen, um am andern Morgen als Genosse aufzuwachen, können nicht ernst gemeint sein. Man mag sich die Widerstandsfähigkeit der heutigen Gesellschaft noch so gering, die einstige Gewalt der sozialistischen Ideen noch so groß vorstellen, niemals werden sich die Besitzenden freiwillig ihres Privateigentums berauben lassen. Auch nicht, wenn ihnen diese Beraubung als

„Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerken, Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen, Verkehrsmitteln — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion“ schmackhaft zu machen versucht wird. Um über den wahren Sinn dieser Formel in den eignen Reihen keinen Zweifel aufkommen zu lassen, wird denn auch immer wieder von der parlamentarischen Tribüne herab, in der Presse, in den Versammlungen der „revolutionäre“ Charakter der Sozialdemokratie betont. Es ist nur eine erzwungne Verbeugung vor dem Staatsanwalt, wenn dabei vorsichtigerweise von der „Revolutionierung der Geister“ gesprochen wird. Die Muguren unter sich wissen genau, was sie meinen.

Ehrlicher klingt es, wenn man die Führer sagen hört: man solle sie doch nicht für so dumm halten, daß sie schon heute oder morgen die Massen gegen den Staat und gegen den Besitz Sturm laufen ließen. Sie wüßten ebenso gut, wie ihre Gegner, daß sie mit blutigen Köpfen heimgeschickt werden würden und dann die rücksichtslose Unterdrückung aller bürgerlichen und wirtschaftlichen Freiheit über sich ergehen lassen müßten. Wir glauben deshalb gern, daß die Heerführer der sozialistischen Revolution nicht eher auf die Barrikaden steigen werden, als sie nicht sicher zu sein glauben, auch mit der Armee fertig zu werden. Da sie niemals hoffen dürfen, die Waffen mit den Massen zu überwinden, so können sie nur rechnen, die Armee selbst oder doch einen großen Teil auf ihre Seite zu bringen. Kein Satz des sozialistischen Programms ist daher logischer und aufrichtiger gemeint als die Forderung: Volkswehr an die Stelle der stehenden Heere. Denn solange die heutige Heeresverfassung in Kraft bleibt, ist nicht zu befürchten, die Disziplin der deutschen Armee werde jemals so gelockert werden, daß sie dem Kampfe auch gegen den innern Feind nicht gewachsen wäre. Zweifellos dienen schon heute im aktiven Heere nicht wenige, in der Reserve und Landwehr tausende und abertausende von Sozialdemokraten. Sie pflegen in der Truppe nicht durch irgendwelche Nachlässigkeit im Dienstbetrieb kenntlich zu werden. Im Gegenteil, ihre Führung ist in der Regel musterhaft, ihre Intelligenz meist übermittelmaßig. Eine gewisse verdroßne Zurückhaltung ist das einzige Anzeichen, wodurch sie sich verraten. Jeder, der eine Landwehrübung mitgemacht hat, weiß aber auch, daß diese Stimmung gegen das Wiederaufleben soldatischer und kameradschaftlicher Erinnerungen selten Stand hält. So kann man wohl sagen, daß die Armee die sozialdemokratischen Elemente, die sie heute in sich birgt, einfach in sich erdrückt, ja daß sie die beste Schule ist, ihre dem roten Banner verfallenen Glieder wieder zu den alten Fahnen zurückzuführen. Die Hauptsache ist, daß das Offizierkorps der Linie wie des Beurlaubtenstandes niemals auch nur zum kleinsten Bruchteile der sozialistischen Propaganda anheimfallen wird. Freilich drückt der Rückgang der ländlichen, die Zunahme der Fabrikbevölkerung

die Beschaffenheit des Truppenerfages nicht bloß körperlich, sondern auch moralisch herab. Zugleich vermehrt die gesteigerte Schulbildung die Zahl der intelligenteren, aber auch schwieriger zu disziplinierenden Soldaten. Immerhin ist die Macht der Überlieferung, die Lust am Waffenhandwerk, der gute Geist in der deutschen Armee noch so lebendig, die Disziplin so sehr Fleisch und Blut des ganzen Organismus, daß diesen Kräften eine längere Dauer prophzeit werden darf, als sie politische und soziale Bewegungen selbst der tiefgehendsten Art aufzuweisen pflegen. Überall, wo die Armee gegen den innern Feind versagt hat, war von oben her, durch Schwäche und Unentschlossenheit der Befehlshaber, gesündigt worden. Daß in dieser Beziehung vorläufig nichts zu besorgen ist, wissen Bebel und Liebknecht ganz genau.

Sichrer als an die Flinte, die schießt, und an den Säbel, der haut, ist an die mehr moralischen Machtmittel des modernen Staates, an seine Gesetze und ihre Vollstrecker, die Obrigkeiten, hinanzukommen. Sie gleichen den Noten, die der Staat an Stelle des gemünzten Geldes in Verkehr bringt. Sind sie durch ein starkes Heer, die *ultima ratio regum*, genügend gedeckt, so gelten sie wie Gold und Silber. An dem Tage, wo die Macht nicht mehr hinter dem Recht steht, sind die Gesetze wertlose Assignaten, die Behörden bankrotte Verwalter eines bankrotten Geschäfts. Im geordneten Staatswesen können aber, wie seine Noten auch ohne Zwangskurs gern genommen werden, auch die Obrigkeiten ihre Aufgaben schon mit Hilfe des Kredits erfüllen, den ihnen der Sinn des Volks für Gesetzmäßigkeit verschafft. Da sie überstehn damit, allenfalls noch mit der Scheidemünze der Polizeimacht, auch kleinere Krisen, ohne die Goldreserve angreifen zu müssen. Daß es der Sozialdemokratie in weitem Umfange gelungen ist, jenen gesetzlichen Sinn zu zerstören, ist gewiß. Doch wäre es kaum gerecht, diese Zerstörungen nur auf ihr Schuldkonto zu bringen. Eine der zerstörendsten Säuren, den vielbeklagten Materialismus unsrer Tage, hat sie bereits vor- und in voller Arbeit gefunden. Die Verbreitung der allgemeinen Bildung, das Erwachen der nationalen und politischen Empfindungen, die Einführung der konstitutionellen Regierungsform und der Selbstverwaltung in allen Zweigen des Staatslebens haben die mannichfaltigsten Kräfte zur thätigen Mitwirkung an den staatlichen Aufgaben berufen, dadurch die Leistungsfähigkeit des Ganzen ungeheuer gehoben, aber auch das Selbstbewußtsein bis zur Selbstsucht und Selbstüberhebung gesteigert. An Stelle der alten vertrauensvollen, patriarchalischen Verhältnisse sind im Staats- und Privatleben sorgfältig abgezirkelte, wohlparagraphirte und doch stets umstrittne Rechts- und Pflichtenkreise getreten, die Bequemlichkeit des Regierens hat aufgehört, die Bureaucratie muß, wenn sie die Führung noch behalten will, neuen Wein in die alten Schläuche füllen, selbst die Träger der Krone sind mit einem Tropfen demokratischen Oles gesalbt. Mag man nun die heutige politische Entwicklung als glückverheißende Errungenschaft des Jahrhunderts

segnen oder als den Anfang vom Ende verfluchen, wir können nicht mehr zurück. Auch der ärgste Reaktionär kann als praktisch erreichbar nur hoffen, möglichst viel von dem Bestehenden und von dem alten Geiste in die neue Zeit herüberzuretten. Daß die Sozialdemokratie als die jüngste und radikalste der Parteien auch politisch auf den äußersten linken Flügel trat, war selbstverständlich. Ebenso, daß die bestehenden politischen Parteien im Interesse der Staatserhaltung — ein klein wenig vielleicht auch im Interesse der Selbsterhaltung? — zunächst versuchten, die neue Konkurrentin mit Gesetzesgewalt zu unterdrücken. Dieser Versuch ist gescheitert, seine Wiederholung — täuschen wir uns darüber nicht — ist aussichtslos. Was nun? Man hat eine Formel gefunden, die auf viele, die sich schmeicheln, juristisch-logisch zu denken und gerecht zu urteilen, eine außerordentliche Wirkung gehabt hat. Man sagt, der Staat sei nicht verpflichtet, die unter seinen Einwohnern, die ihn selbst zu beseitigen trachten, ihn „negiren,“ der staatlichen Rechte und Wohlthaten teilhaftig werden zu lassen. Er könne sie streng genommen auch von den durch die Wahlen ihnen übertraguen Ämtern, vor allem von der Volksvertretung ausschließen, mindestens sei er berechtigt, ihnen die praktische Mitarbeit in den Parlamenten und ihren Kommissionen zu verweigern. Auch ihre Presse, ihre Vereine und Versammlungen dürfe er mit anderm Maße messen, sehr wohl könne er ihnen Vergünstigungen versagen, deren Gewährung überhaupt in das Ermessen der Verwaltungsbehörden gestellt sei (Zellerfassungen u. dergl.). Nun gilt aber doch schon im Privatrecht der Satz, daß niemand deshalb von einem Vertrag zurücktreten kann, weil der Gegenpart dessen Erfüllung verweigert. Wäre aber ein solcher Rücktritt gestattet und wäre es selbst zulässig, das Verhältnis zwischen Staat und Bürger unter die kümmerlichen Gesichtspunkte des Privatrechts zu bringen, so müßte doch das Rechts- und Pflichtenverhältnis gleichzeitig auf beiden Seiten zu Ende gehn. Folgerichtig wären dann die sozialdemokratischen Staatsbürger von dem Heeresdienste, der Steuerpflicht und zahlreichen andern öffentlichen Pflichten entbunden, umgekehrt könnten sie auch keine Ansprüche auf Rechtsschutz für Leben, Freiheit, Eigentum u. s. w. erheben. Gegen die ersten dieser Folgerungen würden wohl der Kriegs- und der Finanzminister, gegen die andern der Justizminister Einspruch zu erheben haben. Und ob dem Verwaltungsminister damit gedient wäre, daß die nun einmal im Lande wohnenden Hunderttausende von Sozialdemokraten nach den Regeln des Pandektenrechts für nichtig erklärt würden, ist doch die Frage. Auch dürfte sich das natürliche Rechtsgefühl schwerlich zu diesen Höhen juristischer Sophistik erheben und die alten guten Sätze vergessen: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig, und: Was du nicht willst, daß man dir thu, das füg auch keinem andern zu. Endlich müßte, wenn jene Grundsätze auch nur im Sinn ihrer Verfechter einigermaßen gerecht gehandhabt werden sollten, in jedem einzelnen Falle eine Prüfung der politischen Gesinnung

auf Herz und Nieren vorausgehn, die die Inquisitoren schließlich selbst mit Ekel erfüllen würde. Oder man müßte versuchen, mit dem Satze zu trösten, daß um des höhern staatlichen Zwecks willen der Gerechte auch einmal mit dem Ungerechten zu leiden verstehen müsse. Der Erfolg wäre eine allgemeine Einbuße an bürgerlicher Freiheit, mit der man die höhere Rechtsordnung doch wohl auf die Dauer zu teuer bezahlt finden würde.

Also mit Sondergesetzen geht es nicht, mit feinen juristischen Konstruktionen geht es auch nicht. Warum soll es auf dem gradesten und deshalb besten Wege nicht gehn, den sozialdemokratischen Staatsbürger, ohne überhaupt nach seiner Gesinnung zu fragen, genau so wie jeden andern Staatsbürger zu behandeln? Man braucht den Staat noch gar nicht für den „Racker“ zu erklären. Wahr ist aber, daß er kein Herz im Leibe hat. Er hat als Staat weder Haß noch Liebe zu fühlen und seines Amtes der Vorsehung gleich zu warten, die ihre Sonne über Gerechte und Ungerechte scheinen läßt.

Wird doch das Hassen, wenn auch nicht das Lieben, schon gründlich genug von den politischen Parteien besorgt, die sich freilich allesamt, nur die Sozialdemokratie ausgenommen, mit dem heutigen Staat für eins halten. Nun ist es ja eine Zumutung für den monarchisch und religiös denkenden Bürger, gegen die Sozialdemokratie faktblütig zu bleiben, wenn sie eingeständnermaßen die Monarchie grundsätzlich verwirft und die Religion äußersten Falls als Privatsache gelten läßt. Dennoch heißt es auch hier: Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet! und: Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie! Bleiben wir bei den monarchischen Gefühlen, zu denen wir uns gewiß gern und freudig bekennen. Hand aufs Herz! Wie viele von uns sind denn königstreu, weil sie in der Person des Königs von Gottes Gnaden Gottes Statthalter erkennen und deshalb nach seinen Tugenden oder Fehlern, Vorzügen oder Mängeln nicht zu fragen brauchen? Machen sich nicht viele den Vorbehalt, „ihre monarchischen Gefühle zu revidiren,“ wenn der Monarch nicht nach ihrem Sinne ist? Sind nicht viele monarchisch, nur weil sie in der erblichen Spitze des Staats den festen Pol in der Erscheinungen flucht, in der geltenden Verteilung der öffentlichen Gewalten zwischen der Krone und der Volksvertretung die zweckmäßigste Einrichtung des Staats erblicken? Wie viele sind denn in Deutschland fürstlich, herzoglich, großherzoglich, königlich, wie viele schlechthin nur kaiserlich? Wieviel deutsche Stämme überliefern ihren Kindern die Erinnerungen an große und edle Herrscher, wie viele wünschen die Geschichte ihrer Herrscherfamilien oder doch große Stücke davon mit dem Schleier der Vergessenheit bedeckt zu sehn? Und stehn denn nicht unter den heutigen politischen Parteien die Freisinnigen in dem Verdacht, die Parlahmentsherrschaft anzustreben, die dem Thron doch nur den Wert eines Präsidentsessels mit den Abzeichen der Krone lassen würde? Besteht die nationalliberale Königstreue auch dem einzelstaatlichen Herrscher, die klerikale

dem päpstlichen Stuhle gegenüber jede Probe? Und hastet nicht auch an der konservativen Partei das böse Wort: Unser König absolut, wenn er unsern Willen thut? Gewiß geschieht jeder dieser Parteien mit diesen Verdächtigungen schweres Unrecht. Trotzdem werden sie jeden Tag einer jeden ins Gesicht geschleudert. Die Sozialdemokratie aber verzeichnet schmunzelnd die wachsende Zahl der Majestätsbeleidigungsprozesse, zu denen sie durchaus nicht allein die Angeklagten liefert.

Gewiß bekennen wir uns gern und freudig auch zur Religion als einem innersten Herzensbedürfnis. Aber vergessen wir nicht, wenn wir die Religion in den politischen Tagesstreit hineinziehen, allesamt Christi Wort, daß sein Reich nicht von dieser Welt sei? Wie reimt es sich denn eigentlich, daß wir schon fast gewöhnt sind, gläubiges Christentum mit konservativer, Indifferentismus mit nationalliberaler, kirchlich=freisinnige mit deutsch=freisinniger Gesinnung und Atheismus mit Sozialdemokratie zusammenzuwerfen? Ganz zu schweigen von der Ungeheuerlichkeit, daß das Zentrum zugleich politische und Religionspartei ist und nur aus dieser Verbindung seine Daseinsberechtigung herleitet. Könnte man sich denn nicht auch einen gläubigen Christen denken, der mindestens wirtschaftlich ganz auf dem Boden des sozialistischen Programms steht, wie denn unbezweifelt der Kommunismus die Wirtschaftsform der ersten christlichen Gemeinde gewesen ist? Und könnte denn nicht auch ein Atheist ein mindestens verstandesmäßig überzeugter strenger Anhänger selbst der absoluten Monarchie sein? Was hat umgekehrt die Religion von den politischen Parteien zu erwarten? Sie hat nur Schaden davon, wenn sich die eine Partei ihrer bemächtigt und sie dadurch allein schon bei den Gegenparteien in Verdacht bringt. So ist das sogenannte konservative Christentum für die Kirche in ihrem Verhältnis zur Sozialdemokratie geradezu verhängnisvoll geworden. Dort wird sie mit Vorliebe als die Magd der besitzenden Klassen bezeichnet. Sie müsse, heißt es, den Tagelöhnern und Arbeitern ihr Los als Gottes Willen, die Verheißungen des künftigen Lebens als ihren wahren Lohn nur deshalb predigen, damit der konservative Großgrundbesitzer und der ostentativ kirchliche Großindustrielle willige, mit niedern Löhnen zufriedne Arbeitskräfte haben. Äußerungen, wie die von Göhre (S. 175) berichteten: „Übrigens sind die Pfaffen selbst an der ganzen Feindschaft des Volks gegen die Kirche schuld. Denn sie haben Partei für die großen Herren genommen. Nur wenige machen davon eine Ausnahme,“ kann man alle Tage im Gespräch mit Sozialdemokraten zu hören bekommen.

Die Kirche hätte somit allen Grund, sich von den politischen Parteien zu verbitten, daß sie sich zu Anwälten und Beschützern der Religion aufwerfen. Am meisten die evangelische Kirche, die bereits unter der zu engen Verbindung mit dem Staat, der doch kein protestantisches Gemeinwesen sein kann und darf, schwer zu leiden hat. Wie könnte sie vollends daran denken, nach dem poli-

tischen Glaubensbekenntnis zu fragen, wenn sie Christi Ruf: Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid! gerade an die arbeitenden Klassen ergehen läßt? Wenn sie zunächst einmal alle Kräfte darauf konzentrierte, innerhalb der äußerlich zu ihr haltenden Gesellschaftsklassen ein lebendiges, durch christlichen Wandel sich bezeugendes Christentum zu schaffen, sie würde damit mehr zur Lösung der sozialen Frage beitragen, als durch Wiederbekehrung hunderter und tausender von Sozialdemokraten. Es ist das hohe Verdienst Stöckers, daß er seine eindringlichen Bußpredigten zuerst und vor allen an die besitzenden Klassen richtet, vielleicht auch die Erklärung dafür, daß er von seinen sozialdemokratischen Gegnern noch immer angehört worden ist und noch heute mit einer gewissen widerwilligen Achtung genannt wird. So soll es auch der Kreuzzeitung nicht vergessen werden, daß sie oft genug gerade von den Sünden ihrer nächsten Partei- und Standesgenossen furchtlos den Schleier gezogen hat. Gegen den Grundbesitzer und Fabrikanten, der auch nur das eine Gebot Christi befolgte: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! hätte es keiner Arbeiterschutz-, Sonntagsheiligungs-, Alters- und Unfallversicherungs-gesetze bedurft, wie sie noch immer den staatserkhaltenden Parteien abgerungen werden müssen, ohne daß die Morgenröte des sozialen Friedens tagen will. So lasse sich doch auch ein jeder daran genügen, selbst den König zu ehren, anstatt täglich von neuem die Königstreue seiner politischen Gegner unter die Lupe zu nehmen. Die monarchischen Empfindungen des ganzen Volks werden nur Gewinn davon haben.

Die alten politischen Parteien mögen nun leben oder sterben — vor der Hand können sie weder das eine noch das andre —, ihre alten Schlagwörter sind verbraucht. Auch Religion, Sittlichkeit und Königstreue können ihren Programmen nicht aufhelfen. Selbst mit den wuchtigen nationalen Afforden, und wenn sie von der Hand des Meisters gegriffen werden, lassen sich die täglichen politischen Geschäfte nicht erledigen. Die brennenden Fragen des Tages sind die wirtschaftlichen, und ihnen thut nur eine nüchterne, langweilige Behandlung gut. Hinter all den hochtönenden Phrasen der Programme pflegt sich doch nur das soziale Nichtwollen, vielleicht auch Nichtkönnen zu verstecken.

Wie oft schon, ist es auch heute wieder der hohe Beruf der Wissenschaft, den durch das Getöse der widerstreitenden Tagesmeinungen verwirrten Gedanken einen Sammelpunkt zu gewähren. Erst die geschichtliche Betrachtung des Gewordnen öffnet, wie in der eigentlichen Politik, so auch in der Wirtschaftspolitik das Verständnis für die Gegenwart und die Möglichkeit eines Ausblicks in die Zukunft. Die heutige deutsche volkswirtschaftliche Litteratur zeigt nun zwar den ganzen Widerstreit der Schulen und Lehrmeinungen. Sie ist aber unverkennbar von einem tiefen Streben nach Wahrheit erfüllt. Mit Erstaunen gewahrt man die Sachlichkeit und Ruhe, mit der namentlich auch die sozialistischen Forderungen auf ihre Ausführbarkeit geprüft werden. Das Ergebnis

ist, daß von den bekannten fünf Forderungen des Erfurter Programms, die von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Schutz der Arbeiterklasse „zunächst“ aufgestellt werden,*) kaum eine grundsätzlich verworfen, manche beschränkt und selbst unbeschränkt befürwortet werden. Es darf deshalb als ein wissenschaftlich jedenfalls überwundener Standpunkt bezeichnet werden, wenn auch gegen diesen Teil der sozialdemokratischen Bestrebungen immer wieder das rote Gespenst und immer wieder mit Erfolg hervorgeholt wird. Auch ist es ein Trugschluß oder ein Fechterkunststück, den sozialistischen Zukunftsstaat ad absurdum zu führen und damit auch jene nächsten Ziele als ebenso unsinnig und unlogisch ohne weiteres für abgethan zu erklären. Besonders erfreulich ist, daß unter den Vertretern der heutigen nationalökonomischen Wissenschaft selbst der verhängnisvolle Klassengegensatz und Klassendünkel nahezu überwunden, jeder Mitarbeiter willkommen scheint. Daß wir von verschiedenen namhaften Sozialdemokraten sehr beachtenswerte Untersuchungen über die Lage einzelner Gewerbe besitzen, ist bekannt. Es ist ebenso politisch klug wie sachdienlich, daß auch in die neugeschaffne Kommission für Arbeitsstatistik Sozialdemokraten als ständige Mitglieder berufen worden sind. Denn man täusche sich nicht: innerhalb der Sozialdemokratie beginnt der tiefe Wissensdrang, der wenigstens an den deutschen Sozialisten schon längst bemerkt worden ist, jetzt Früchte zu tragen. Neue, mit dem ganzen Rüstzeug der modernen Bildung gewappnete Talente fallen ihr zu. Die Redakteure ihrer Blätter sind heute zum großen Teil akademisch gebildete Leute, und ihre Tagespresse hat die Leistungen der kleinen Provinzialpresse, die von politischen Waschzetteln und vom Tagesklatsch leben muß, vielfach überflügelt. Zudem haben ihre Mitarbeiter täglich Gelegenheit, die soziale Frage an ihrem Leibe und an ihrem Wagen zu studieren,

*) Sie lauten:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochne Ruhepause von mindestens sechsunddreißig Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

und die Redaktionen veräumen nicht, ihnen fleißig das Wort zu lassen. Der schon einmal in den Grenzboten gegebne Rat, die sozialistische Presse aufmerksam zu verfolgen, kann deshalb nur dringend wiederholt werden. Sie ist für die besser gestellten Klassen, die nicht selbst im gewerblichen Leben stehn, fast das einzige Mittel, ein Bild von der Lage der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen. Auch wäre es thöricht, darin eine Unterstützung der sozialdemokratischen Partei erblicken zu wollen. An Geld fehlt es ihr wahrlich nicht, wenn es auch dunkel bleibt, woher sie die offenbar beträchtlichen Mittel nimmt, die ihr selbst jetzt in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs zuschießen. Daß wir nur den reifen und urteilsfähigen Mann als Leser und etwaigen Abonnenten im Auge haben, versteht sich von selbst.

Wir setzen unsre Hoffnung darauf, daß jene von der nationalökonomischen Wissenschaft heute schon gepflegte sachliche Art der Behandlung wirtschaftlicher Fragen eines Tages auch in den Parlamenten, in der Presse, im öffentlichen Leben überhaupt durchbrechen und sich behaupten werde. Beschränkte man sich einmal auf das Thema: Verbesserung der wirtschaftlichen Lage insbesondre der arbeitenden Klassen, so wäre die Aufgabe der Verständigung schon so riesengroß, daß man sie durch Heranziehung der Punkte, über die niemals eine Einigung möglich scheint: Monarchie, Religion, Privateigentum, nicht unnötig erschweren sollte. Leitstern bleibt der Satz: Alle berechtigten Interessen sind harmonisch. An seiner Wahrheit verzweifeln, hieße verzweifeln an der Weisheit und Gerechtigkeit der göttlichen Weltordnung. In der sozialen Frage spitzt sich dieser Satz im letzten Grunde auf eine Art von Rechenexempel zu: Wieviel muß dem Unternehmer als Unternehmergeinn, dem Grundbesitzer als Grundrente verbleiben, damit Industrie und Landwirtschaft gedeihen und Befriedigung gewähren können? Wie viel vom Produktionsgewinn gebührt dem Arbeiter als Ertrag seiner Arbeit, damit er nicht nur leben und in der Arbeit Befriedigung finden, sondern auch seinerseits als Konsument und damit als wirksamster Förderer der Produktion auftreten kann? Die Lösung kann nur nach der Formel des vielgeschmähten prätorischen Rechts: *Ut inter bonos agier oportet* erfolgen.

Es ist nicht die Absicht, hier die eigentlichen wirtschaftlichen Fragen auch nur andeutungsweise zu verfolgen. Wir kehren vielmehr zu dem Vorschlage zurück, der Staat sowohl als die sogenannte bürgerliche Gesellschaft solle sich entschließen, den sozialdemokratischen Volksgenossen einmal genau so wie jeden andern Staatsbürger zu nehmen. Man sollte zwar meinen, dies sei einfach eine Forderung der Gerechtigkeit, und zwar der Gerechtigkeit, die als *fundamentum regnorum* gilt, die deshalb in einem sich christlich nennenden Staatewesen längst verwirklicht sein müßte. Und doch, wie gewaltig ist noch heute der Bann, der in dem bloßen Worte „Sozialdemokrat“ liegt. Ist nicht jeder gesetzgeberische Gedanke, jeder Vorschlag einer Verwaltungsmaßregel oder son-

stigen Einrichtung schon deshalb des vielseitigsten und erbittertsten Widerspruchs gewiß, weil er, gleichviel welchen Inhalts, aus dem sozialdemokratischen Lager kommt? Und ist es nicht einer der beliebtesten Kunstgriffe parlamentarischer oder publizistischer Dialektik, derartige Vorschläge völlig unverdächtiger Herkunft damit zu bekämpfen, daß man sie als sozialdemokratischer Denkweise entsprungen hinzustellen versucht? Ist es nicht lange Jahre hindurch gelungen, das soziale Reformwerk unsers ehrwürdigen Kaisers Wilhelm und seines großen Kanzlers mit eben diesen Mitteln zu verdächtigen? Daß sie immer noch versagen, erklärt sich erstens aus der Unbekanntschaft mit den eigentlichen sozialistischen Lehren, die z. B. dem sogenannten Staatssozialismus grundsätzlich entgegengesetzt sind. Vor allem aber aus der modernen Charakterchwäche, die es nicht über sich gewinnt, sich eine eigne Überzeugung von der Güte einer Sache zu erkämpfen und damit auf die Gefahr hin, verletzert zu werden, furchtlos herauszutreten. Es bleibt tief zu beklagen, daß dieser Terrorismus, die Gefahr, der öffentlichen Meinung sowohl als der eignen Regierung als verkappter Sozialdemokrat denunziert zu werden (so erst unlängst in dem Wörrißhoser'schen Falle), auch die Beamten, namentlich die Verwaltungsbeamten, noch vielfach hindert, mit den arbeitenden Klassen nähere Fühlung zu gewinnen. Wäre es z. B. auch bei uns, wie in andern Ländern, denkbar, daß die Beamten — wir haben vorzugsweise die Gewerbeinspektoren, aber nicht sie allein im Auge — in Arbeitervereinen Vorträge hielten, der Arbeiterpresse belehrende Aufsätze zugehen ließen, ja auch die Arbeitervereinsfeste besuchten, die segensreichen Folgen würden nicht ausbleiben für beide Teile. Freilich setzt es einen natürlichen Schatz von Takt und ungekünsteltem Wohlwollen sowie den Verzicht auf jede Proselytenmacherei voraus, wenn ein Beamter bei einem Arbeiterauditorium Vertrauen gewinnen soll. Daß es hoffnungslos wäre, mögen wir nicht glauben. Doch einstweilen sind dies fromme Wünsche. In republikanischen Staatswesen mag über manche äußere Schwierigkeit leichter hinwegzukommen sein. Im monarchischen Deutschland ist es ein verhängnisvolles Hemmnis für ein kräftiges und entschlossnes Vorwärtsschreiten auf der Bahn sozialer Reformen, daß die sozialistische Partei zugleich eine demokratische ist. In der That, es gehörte fast mehr als hochherzige Selbstverleugnung des Monarchen dazu, voreerst auch einmal darüber hinwegzusehen, sich nur an das Vertrauen seiner Arbeiterunterthanen zu wenden, ihre berechtigten wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen und abzuwarten, ob die Zeit sie nicht doch noch um seinen Thron scharen werde. Für den verantwortlichen Minister dürfte es schließlich auf seine Ansicht über die angeborene Schlechtigkeit oder die angeborene Güte der menschlichen Natur hinauskommen, ob er zu diesem Experiment raten soll. Jedenfalls hat der große Friedrich mit seinen der schwerbedrückten Bauernschaft erzeugten wirtschaftlichen Wohlthaten einst große Erfolge auch für das monarchische Prinzip erzielt. Noch

heute klingt, wenn auch gedämpft und viel bespöttelt, das Wort vom „Arbeiterkaiser“ in der sozialdemokratischen Presse nach. Erst kürzlich bei der Beratung des Berggesetzentwurfs im preußischen Abgeordnetenhaus konnte man beobachten, daß sie die arbeiterfreundlichen Vorschläge der Regierung wohl zu würdigen wußte und ihren Mißerfolg nur dem Druck der sogenannten kapitalistischen Klassen zuschrieb.

Einstweilen ist es eine Anforderung weniger an die Gefinnungsgröße, als an die politische Klugheit, den Kampf gegen die Sozialdemokratie seiner Bedeutung als Kampf zweier Weltanschauungen entsprechend wenigstens nicht mit kleinlichen Mitteln zu führen. Volle Koalitionsfreiheit für Arbeiter wie Arbeitgeber wird als eines der erprobtesten Mittel, den unvermeidlichen Krieg beider in geordneten Formen auszutragen, von der nationalökonomischen Wissenschaft heute nahezu einstimmig gefordert. Vereins- und Versammlungswesen wie die Presse sind niemals mehr niedergehalten worden, als nach den Karlsbader Beschlüssen. Und doch ist damit den revolutionären Ideen nicht ein Fußbreit Landes abgewonnen oder ihrem endlichen Siegeszuge auch nur einen Augenblick länger Widerstand geleistet worden. Eine wohlwollende, gerechte Staatsgewalt, die innerhalb des Rahmens der allgemeinen Strafgesetze unreifen Meinungen Raum läßt auszutoben, von der man aber weiß, daß sie den ersten Versuch des Aufruhrs mit der Aufforderung zum Auseinandergehen, dreimaligem Trommelwirbel und schließlich einer erbarmungslosen Salve der Kleinkalibrigen Gewehre in den dichtesten Haufen hinein begegnet, hat von einer freimütigen, selbst gehässigen Presse oder von der abendlichen Erhitzung der Gemüter durch Bier, unsinnigen Redeschwall und Tabaksqualm nichts zu befürchten. Wohl aber darf sie hoffen, daß der unvernünftige Teil der sozialistischen Bestrebungen um so früher an seinem eignen Widersinn zu Grunde gehen werde. Dem vernünftigen Kern zum Siege zu helfen, und er ist nur vernünftig, soweit dies ohne Beeinträchtigung anderer berechtigter Interessen möglich ist, ist ohnedies die Schuldigkeit der Staatsgewalt. Rechtzeitige Reformen sind allezeit die besten Vorbeugungsmaßregeln gegen Revolutionen gewesen. Von der Seisachtheia unter Solon, der die Dike zu seiner Göttin erwählt hatte, rühmt Jäger, daß sie eine dauernde Heilung gewesen, und daß ihr zu danken sei, wenn die Ruhe des attischen Landes, wie so manches andern, durch ökonomische Wirren nicht wieder gestört worden sei. Reformen gelingen aber am sichersten, wenn sie von der thätigen Mitwirkung der Klassen getragen werden, denen sie zu gute gehen sollten. Die Regierungen sowohl als die ganze bürgerliche Gesellschaft sollten deshalb jede Bereitschaft der Sozialdemokratie zur Mitarbeit an den positiven Aufgaben des Staats und der Gemeinde willkommen heißen, statt sie mit Mißtrauen oder gar mit höhnnenden Worten zurückzuweisen.

Noch einmal ist die Gelegenheit günstig. Der auf dem Hallischen Parteiz-

tag mühsam überbrückte Gegensatz der gemäßigten Richtung Vollmars gegen die offizielle Parteileitung öffnet sich von neuem, die Parteileitung darf es nicht wagen, die ihr unbequemen staatssozialistischen Tendenzen aus der Partei förmlich auszuschließen, ein Beweis, daß sie ihre Stärke nicht gering anschlägt. Auf der linken Seite wird sie selbst von dem anarchistischen Flügel der Unabhängigen bedrängt. Störe man diesen Läuterungsprozeß, von dem man nur nicht schon morgen Früchte erwarten darf, nicht durch veraltete Rezepte aus der Polizeioffizin. Bleiben wir stark, weise und — gerecht!



Die Handelspolitik unsers Jahrhunderts

(Schluß)



In dem zweiten Abschnitte seiner Arbeit behandelt der Verfasser „Italiens Handelspolitik in ihren Beziehungen zur Volkswirtschaft.“ Hier interessiert uns vorzugsweise die Beantwortung der Frage: „War es volkswirtschaftlich zweckmäßig und weise, daß Italien es nach 1875 unternahm, mittels einer schutzzöllnerischen Handelspolitik sich eine selbständige nationale Industrie schaffen zu wollen?“ Die Frage wird in fünf Unterfragen aufgelöst. Die erste lautet: „Ist es für ein vorwiegend agrikoles (!) Land im allgemeinen ein erstrebenswertes Ziel, eine selbständige nationale Industrie zu besitzen?“ Sombart antwortet, er für seine Person sei geneigt, diese Frage prinzipiell zu bejahen; an dieser Stelle könne die nationalökonomische Frage, „ob für ein Land der Industrialismus ein erstrebenswertes Ziel sei,“ nicht erörtert werden. Hier fällt uns die Ungenauigkeit des Ausdrucks auf, die freilich zum Teil dem noch unabgeklärten Sprachgebrauch zur Last fällt. Wenn man unter dem Worte Industrie so viel versteht wie Gewerbfleiß, so ist die Frage unbedingt zu bejahen, denn ein Volk, bei dem die Gewerbe nicht bis zur Kunstblüte entwickelt sind, ist noch kein Kulturvolk. Aber Sombart meint ohne Zweifel, wie das an der zweiten Stelle gebrauchte Wort Industrialismus andeutet, die Exportindustrie; ihm schwebt der Zustand Englands als Ideal vor, wo die Industrie den Ackerbau zurückgedrängt hat, und die Existenz des Volks auf die Anfertigung billiger Massenwaren mit der Maschine und auf deren Ausfuhr gegründet ist. Wir verabscheuen dieses „Ideal“ aus oft dargelegten Gründen und betrachten es als eine traurige Notwendigkeit, wenn sich ein ganzes Volk, um nicht zu verhungern, in Fabriken und Gruben einsperren lassen, die halbe Welt mit Hemden- und Kleiderstoffen versorgen und die für den großartigen Fabrikbetrieb er-